

Basisannahmen der Finanzpolitik nicht konsistent	611
Frankreich: Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch die neue Industriepolitik?	617

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/83

Berlin

15. Dezember 1983

50. Jahrgang

Basisannahmen der Finanzpolitik nicht konsistent

St. J. J. J.

Zielprojektion und Finanzpläne der Gebietskörperschaften 1983 bis 1987

Obwohl sich das konjunkturelle Klima in den letzten Monaten gebessert hat, zeichnen sich keine nachhaltigen Änderungen auf dem Arbeitsmarkt ab. Ein Wachstumsschub traditionellen Typs, mit dem die Beschäftigungsmisere behoben werden könnte, ist nicht zu erwarten. Deshalb müssen verschiedene Politikbereiche ineinandergreifen und in gebündelter Form auf eine Arbeitsmarktentlastung hinwirken. Allerdings hat sich die Bundesregierung gegen zwei Elemente einer solchen Strategie ausgesprochen: Gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und gegen einen aktiven Beitrag des Staates. In den mehrjährigen Finanzplanungen der Gebietskörperschaften ist ein kräftiger Abbau der Finanzierungsdefizite vorgesehen. Der damit verbundene Rückgang der Staatsaktivitäten soll, folgt man der mittelfristigen Zielprojektion der Bundesregierung, durch einen Investitionsboom in der gewerblichen Wirtschaft überkompensiert werden.

Von ihrem ursprünglichen Anspruch her will die mehrjährige Finanzplanung vor allem Umfang und Struktur der Staatsausgaben und -einnahmen mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang bringen. Grundlage dieser Planungen ist die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die zeigen soll, welche Zielwerte die Exekutive unter den gegebenen Ausgangsbedingungen für wünschenswert und auch erreichbar hält. Anhand dieser Vorgaben wird die Entwicklung der Staatseinnahmen geschätzt, die wiederum — zusammen mit den Vorstellungen über die Höhe der staatlichen Neuverschuldung — den künftigen Ausgabenspielraum festlegen. Die Koordinierung der Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden obliegt dem Finanzplanungsrat, dessen Einfluß allerdings durch die finanzwirtschaftliche Autonomie von Bund und Ländern begrenzt wird und dessen Aussagen sich deshalb in (unverbindlichen) Empfehlungen erschöpfen. Auch fehlt der Finanzplanung selbst — im Gegensatz zum jährlichen Haushaltsplan — die Vollzugsverbindlichkeit.

Zielprojektionen in der Vergangenheit . . .

In der Zeit der Vollbeschäftigung warf die gesamtwirtschaftliche Zielprojektion wenig Probleme auf. Die von der Exekutive für erwünscht gehaltene gesamtwirtschaftliche Entwicklung — angemessenes Wachstum, hohe Beschäftigung, stabile Preise und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — ging meist in Erfüllung. Lediglich der zugrunde gelegte Anstieg des Preisniveaus wurde von der Wirklichkeit immer wieder übertroffen. Daraus resultierten auch die Bestrebungen, aus stabilitätspolitischen Erwägungen die wachstums- und strukturpolitischen Prioritäten des Staates dem privatwirtschaftlichen Expansionsbedürfnis unterzuordnen¹.

In der schweren Rezession 1974/75 hat die Finanzpolitik stabilisierend gewirkt; die öffentlichen Haus-

¹ Vgl. D. Vesper: Die mittelfristige Finanzplanung bei Bund und Ländern. Eine Bestandsaufnahme. In: Vierteljahrshefte des DIW, Nr. 1/1974, S. 34ff.

Zielprojektionen der Bundesregierung und realisierte Werte im Vergleich¹⁾
 Jährliche Durchschnitte

	1976-1980		1977-1981		1978-1982		1979-1983		1980-1984		1981-1985	1982-1986	1983-1987
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist ²⁾	Soll	Ist ³⁾	Soll	Soll	Soll
Veränderung der Beschäftigung in 1000													
Erwerbstätige	195	505	370	520	130	70	400	-590	0	-1050	0	-200	100-300
Arbeitnehmer	580	985	700	919	370	356	500	-319	500	-800	100-300	450-650	0
Arbeitslosenquote in vH	3	4,2	3,5	4,4	4	5,0	.	6,0	.	7,0	.	.	.
Produktivitätsfortschritt je Stunde in vH	5,0	3,7	4,7	3,1	4,6	2,3	4-4,5	2,2	3,5	2,0	3	3-3,5	2,5-3
je Erwerbstätigen in vH	4,2	2,9	4,1	2,0	3,9	1,5	3,5-4	1,5	2,5-3	1,4	2,5	2,5	2-2,5
Wachstum des realen BSP in vH	4,5	3,5	4,5	2,4	4	1,6	4	1,1	3	0,7	2-2,5	2-3	2-2,5
Preissteigerungen in vH													
Bruttosozialprodukt	4	4,0	3,5	4,1	3	4,3	3	4,1	4	3,8	3,5-4	3,5-4	3-3,5
Privater Verbrauch	4	4,1	3,5	4,4	3	4,8	3,5	4,8	4	4,6	3,5	4	3,5
Nominaler Außenbeitrag (in vH des BSP)	2	1,7	2	1,3	1,5	1,3	1,5	1,3	1,5	1,6	1	2	2,5

1) Basis ist immer das Jahr zuvor, z.B. für den Planungszeitraum 1983 bis 1987 das Jahr 1982.- 2) 1983 geschätzt.- 3) 1983 und 1984 geschätzt (Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 1983).

Quellen : Finanzberichte verschiedener Jahrgänge.

halte haben hohe Defizite in Kauf genommen. Diese Entwicklung veränderte nachhaltig die finanzpolitischen Zielvorstellungen, die Konsolidierung der Staatsfinanzen wurde zu einem eigenständigen und dominierenden Ziel der Wirtschaftspolitik. In den Jahren nach 1975 setzte die Regierung stets auf einen kräftigen, von reger privater Investitionstätigkeit getragenen Aufschwung, der sowohl das Problem der Arbeitslosigkeit als auch — unterstützt von flankierenden Sparmaßnahmen des Staates („Haushaltsstrukturgesetz 1975“ u.ä.) — das Problem der Staatsverschuldung lösen sollte. Schon damals spielten in den gesamtwirtschaftlichen Zielprojektionen angebotspolitische Vorstellungen eine zentrale Rolle: In dem Maße, wie der Staat seinen Einfluß auf die wirtschaftlichen Aktivitäten zurückschraubte, würde Platz geschaffen für vermehrte private Innovation und Investition, die zu der notwendigen Revitalisierung der Volkswirtschaft führe.

Tatsächlich aber waren erhebliche Aktivitäten der Finanzpolitik — im Einklang mit der Geldpolitik — notwendig, um der Wirtschaft 1977/78 die erforderlichen Wachstumsimpulse zu vermitteln. Allerdings kamen diese Maßnahmen sehr spät. Wenn die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung in den Projektionszeiträumen 1976 bis 1980 bzw. 1977 bis 1981 sehr viel günstiger war als ursprünglich angenommen, so lag dies zu einem großen Teil an der positiven Wirkung des wirtschaftspolitischen Kurswechsels.

In der Folgezeit haben sich die mittelfristigen Zielvorstellungen der Wirtschaftspolitik immer weniger

erfüllt. Insbesondere bei der Beschäftigung traten krasse Abweichungen auf. So blieb im Projektionszeitraum 1979 bis 1983 das Wirtschaftswachstum weit hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurück; dies wird auch für die Periode 1980 bis 1984 zutreffen. Zwar verlangsamte sich der Produktivitätsfortschritt ebenfalls, doch übertraf er noch immer den Nachfrageanstieg, und die (freiwilligen) Arbeitszeitverkürzungen waren weniger stark als der Rückgang des Arbeitsvolumens. Bewahrheitet haben sich Befürchtungen, daß sich in der Projektion und Finanzplanung Zielvorstellung und Wunschenken vermischen: Unter den gegebenen Bedingungen war es wirklichkeitsfern, auf einen langanhaltenden Investitionsboom im privaten Sektor zu setzen und gleichzeitig die Weichen für einen Rückzug des Staates aus seiner wachstums- und beschäftigungspolitischen Verantwortung zu stellen. Bund, Länder und Gemeinden haben in den letzten Jahren ihre sehr restriktiven Ausgabenpläne auch verwirklicht; der private Sektor aber mußte — nicht zuletzt aufgrund der finanzpolitischen Restriktion — beträchtliche Wachstumseinbußen hinnehmen.

Die bisherigen Erfahrungen mit den mehrjährigen Zielprojektionen und den Finanzplanungen sind wenig ermutigend. Weder Projektionen noch Finanzpläne zeigten in sich konsistent Mittel und Wege zur Überwindung der vorhersehbaren gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen. Insbesondere in den letzten Jahren ist es nicht gelungen, mit Hilfe dieser Instrumente gestaltend auf die ökonomische Entwicklung einzuwirken.

... und in der Gegenwart

Mit der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 1987² hat die neue Bundesregierung ihre mittelfristigen Vorstellungen über die Ziele der Wirtschaftspolitik und die wünschenswerten Verlaufsmuster vorgelegt. Primäres Ziel der „neuen“ Wirtschaftspolitik ist es, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern und den Unternehmenssektor von Kosten zu entlasten, damit arbeitsplatzschaffende Wachstumskräfte freigesetzt werden können. Eckpfeiler der Strategie sind die Einkommenspolitik, die eine erhebliche Umverteilung zugunsten der Gewinne zuläßt, und die rasche Rückführung der staatlichen Neuverschuldung, damit der Kapitalmarkt entlastet und die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen verbessert werden. So wird fast nahtlos an die Argumentation in den Zielprojektionen der letzten Jahre angeknüpft.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß durch die Änderung der Einkommensverteilung der in der Rezession entstandene Stau an Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen aufgelöst werden kann und — neben den „normalen“ Erweiterungsinvestitionen — in steigendem Maße Investitionen in den Bereichen Umweltschutz, Energieeinsparung und Humanisierung der Arbeitswelt realisiert werden. Die privaten Investitionen sind binnenwirtschaftlich die einzige expansive Komponente der Projektion. Nach den Zielvorstellungen nimmt der private Verbrauch schwächer zu als das Sozialprodukt: Einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von durchschnittlich jährlich 2 bis 2,5 vH (Basis 1982) steht in der Projektion eine Erhöhung der realen Konsumausgaben um etwa 1,5 vH pro Jahr (in jeweiligen Preisen um 5 vH) gegenüber. Im Ansatz für den öffentlichen Verbrauch kommen deutlich die Konsolidierungsabsichten zum Ausdruck. Der Zuwachs von nominal 3 vH dürfte selbst dann nicht das erreichte Niveau sichern, wenn angenommen wird, daß sich die Preissteigerungsrate für den Staatsverbrauch parallel zu der bei den privaten Konsumausgaben entwickelt. Von der Außenwirtschaft erwartet die Bundesregierung eine Sicherung der deutschen Wettbewerbsposition auf insgesamt expandierenden Weltmärkten.

Trotz reduzierter Wachstumsperspektiven — Basis der Projektion ist immerhin das konjunkturelle Tief 1982 — erhofft sich die Bundesregierung keine Verschlechterung der Beschäftigungslage, sie erwartet bis 1987 sogar einen Anstieg der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (um eine Viertelmillion). Diese relativ optimistische Einschätzung beruht in erster Linie auf den Annahmen über die künftige Produktivitätsentwicklung; hiernach wird die Lücke zwischen Wachstum und Produktivitätsfortschritt (je Erwerbstätigenstunde) kleiner. Arbeitszeitverkürzungen spie-

len als strategisches Moment zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme in der Projektion keine Rolle; die durchschnittliche Arbeitszeit verringert sich kaum noch, und es wird offensichtlich eine Vermehrung von Teilzeitarbeitsplätzen unterstellt.

Auf den ersten Blick scheinen die quantitativen Ziele der Bundesregierung wirklichkeitsnäher zu sein, als es die vorangegangenen Projektionen waren. Die Wachstumsperspektiven sind nach unten revidiert worden, und es wird — ausgehend von einem konjunkturellen Tiefpunkt — kein steiler Aufschwung erwartet, der das Beschäftigungsproblem entschärft. Dennoch birgt auch diese Projektion erhebliche Risiken in sich:

- Unbestritten hat die schwere Krise zu einem „Nachholbedarf“ an privatwirtschaftlichen Investitionen geführt; ebenso erfordern strukturelle Veränderungen Anpassungsinvestitionen. Unabhängig vom Investitionsmotiv wird sich ein Unternehmer in der Regel nur dann für den Kauf einer neuen Anlage entscheiden, wenn die zu erwartende Rendite der Sachinvestitionen höher ist als eine relativ risikolose Anlage auf dem Kapitalmarkt. Gemessen an der konjunkturellen Lage ist das Zinsniveau — vor allem der Realzins — noch immer hoch, und die Zinsentwicklung wird immer weniger von den Konstellationen im Inland, also auch nicht von der Höhe des öffentlichen Kreditbedarfs, bestimmt. Zudem haben verschiedene Untersuchungen gezeigt, daß die Zinshöhe nur in geringem Umfang von der staatlichen Kreditnachfrage abhängt. Damit aber ist ein wichtiger Hebel im unterstellten Wirkungsmechanismus in Frage gestellt.
- Selbst wenn es sich bei einem Teil der privaten Investitionen um eine autonome Größe handelt, ist ein gewichtiger Teil abhängig von der Nachfrageentwicklung. Eine Einkommenspolitik, die noch mehr als bisher die Gewinnposition stärkt, nimmt eine Verringerung des Spielraums für Konsumausgaben in Kauf; vor diesem Hintergrund ist die projizierte Konsumententwicklung eine optimistische Variante, die nur über einen weiteren Rückgang der Sparquote realisierbar ist. Sicher ist auch, daß vom staatlichen Verhalten negative Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ausgehen werden. Zusammengefaßt werden privater Konsum und staatliche Nachfrage nur sehr schwach expandieren. Investieren ist aber nicht Selbstzweck, sondern dient dem Ziel, die gesamtwirtschaftliche Endnachfrage — kostengünstig — zu befriedigen.
- Zwischen Angebots- und Nachfragestruktur bestehen enge, wechselseitige Beziehungen. Eine Ver-

² Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 1984, Bonn 1983, S. 106 ff.

ringerung des Lohnkostenanteils kann — über induzierte Absatzeinbußen — sogar zu einem Anstieg der Lohnstückkosten führen. Wenn aber die Lohnkostenbelastung der Unternehmen sinkt, könnten Modernisierungen unterbleiben, weil damit die bisherigen Produktionsverfahren noch rentabel sind.

- Mit großer Wahrscheinlichkeit ist nach dem Einbruch 1981/82 für die nächsten Jahre mit einem Anstieg der Investitionsquote zu rechnen. Als unrealistisch erscheint jedoch die in der Zielprojektion unterstellte Größenordnung. Folgt man den Ansätzen der Finanzplanungen, so werden die öffentlichen Investitionen — in Preisen von 1976 gemessen — auch künftig schrumpfen, im günstigsten Falle stagnieren. Der Wohnungsbau dürfte nicht zuletzt aufgrund der Beschlüsse vom Oktober 1982 im Projektionszeitraum relativ stark expandieren (4 vH pro Jahr), vorausgesetzt, daß die Zinsen nicht steigen. In der Zielprojektion wird für die gesamten Anlageinvestitionen nominal mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von 8,5 vH gerechnet. Unter Berücksichtigung des staatlichen Investitionsverhaltens und der Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen müßten die Anlageinvestitionen der Unternehmen um 11 bis 12 vH, in realer Rechnung um 8 bis 9 vH im jährlichen Durchschnitt zunehmen, damit die Wachstumsvorgabe erreicht wird. Die Zielprojektion selbst gibt aber keinen Hinweis auf Niveau und Struktur der Nachfrage, die erforderlich wäre, um diesen Kapitalstock dann auch auszulasten. Ein Vergleich mit dem Aufschwung nach 1975 zeigt, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) bis 1980 im jährlichen Durchschnitt zwar um 6,5 vH expandiert haben, zugleich aber privater Konsum und Staatsnachfrage um fast 3 vH jährlich gewachsen sind.
- Wenn dennoch mit solchen Größenordnungen operiert wird, so müßten der Zielprojektion andere Annahmen über den Produktivitätsfortschritt zugrunde liegen; er wird in der Projektion mit 2,5 bis 3 vH je Erwerbstätigenstunde veranschlagt. Zweifel ergeben sich vor allem deswegen, weil eine Expansion der Investitionen die Produktivität erhöht, zumal Modernisierung und Rationalisierung in erheblichem Maße mit dem Investitionsanstieg verbunden sind. Abgesehen davon, daß in der Projektion die Aussagen über die zu erwartende Arbeitslosigkeit sehr vage formuliert sind und die offiziell registrierten Arbeitslosenzahlen ein unzureichendes Abbild der Problemdimension liefern, ergibt sich aus dem unterstellten Produktivitätsfortschritt eine zu günstige Beschäftigungsentwicklung: Gesamtwirtschaftliche Endnachfrage einerseits, Investitionen und die absehbare technologische Ent-

wicklung andererseits passen in der Projektion nicht zueinander.

Ansätze der Finanzplanungen

Entsprechend den Empfehlungen des Finanzplanungsrates sehen die mehrjährigen Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden einen raschen Abbau der jährlichen Finanzierungsdefizite vor. Gegenüber 1982 soll die Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften halbiert werden, von 70 Mrd. auf 33 Mrd. DM im Jahre 1987. In der Aufteilung nach Haushaltsebenen zeigt sich, daß die kommunalen Haushalte³ 1987 bereits mit einem geringfügigen Überschuß abschließen sollen, und auch die Länder können — folgt man ihren Finanzplanungen⁴ — ihre Defizitposition um weit mehr als die Hälfte abbauen. Etwas langsamer wird die Konsolidierung der Bundesfinanzen voranschreiten, weil mit einer rückläufigen Entwicklung der Gewinnabführung durch die Bundesbank gerechnet wird.

Mit einem jährlichen Zuwachs von 3 vH sollen die Ausgaben der Gebietskörperschaften sehr viel weniger zunehmen als das nominale Sozialprodukt (5,5 vH), die Gesamteinnahmen sollen dagegen um 4,5 vH steigen. Allerdings entspricht der für 1983 erwartete Einnahmewachstum nicht dem heutigen Informationsstand; die Steuereinnahmen sind höher als ursprünglich geplant. Die Defizite von Bund, Ländern und Gemeinden werden voraussichtlich um 10 Mrd. bis 15 Mrd. DM niedriger ausfallen, als bei der Haushaltsaufstellung angenommen worden ist. Zudem kann der Bund 1984 wegen höherer Bundesbankgewinne mit Mehreinnahmen um 3 Mrd. bis 4 Mrd. DM rechnen. In den Jahren 1985 bis 1987 wird — bei einem nominalen Zuwachs des BSP um 6 vH — mit einer Expansion der Steuereinnahmen um 7 vH pro Jahr gerechnet; die volkswirtschaftliche Steuerquote wird auch 1987 noch deutlich unter der Marke von 25 vH liegen (1983: 23,8 vH).

³ Die Daten der mittelfristigen Ausgabenplanung der Gemeinden beruhen bis 1986 auf Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. H. Rehm: Öffentliche Haushaltsplanungen 1983. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1983, S. 441 ff.); sie wurden für 1987 vom DIW ergänzt. Für die längerfristige Entwicklung der investiven Ausgaben fehlen Hinweise; die Auswertung früherer Finanzpläne der Kommunen führte zu sehr unbefriedigenden Ergebnissen. Deshalb wurde die Entwicklung der investiven Ausgaben geschätzt; Basis hierfür waren die Entwicklung des zu erwartenden Steueraufkommens gemäß den Ergebnissen des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ sowie die in den Länderfinanzplanungen vorgesehenen Investitionszuweisungen an die Gemeinden.

⁴ Nicht für alle Bundesländer lagen aktuelle Finanzpläne vor, so daß die Ergebnisse der vorliegenden Planungen (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin) auf der Basis von 1982 hochgerechnet werden mußten.

Mehrjährige Finanzplanung der Gebietskörperschaften

	Ist	Soll	P l a n u n g				Durchschnittliche Veränderung pro Jahr in vH	
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1987/82	1987/83
			in Mrd. DM					
Personalausgaben	160,5	165,5	168,7	174,0	179,7	185,6	3	3
Bund	34,4	35,4	35,6	36,9	38,5	40,1	3	3
Länder	89,6	92,2	94,0	96,9	99,7	102,7	3	2,5
Gemeinden	36,5	37,9	39,0	40,2	41,5	42,8	3	3
Lfd. Sachaufwand	78,1	83,6	86,5	89,3	91,8	95,1	4	3,5
Bund	34,8	36,8	38,4	40,0	41,0	42,0	4	3,5
Länder	19,2	20,9	21,9	22,6	23,4	24,2	5	4
Gemeinden	24,1	25,9	26,2	26,7	27,4	28,9	3,5	3
Zinsausgaben	44,4	53,0	57,7	61,7	66,2	70,1	9,5	7,5
Bund	22,1	27,2	29,3	30,8	33,5	36,1	10,5	7,5
Länder	13,8	16,6	18,4	20,3	21,7	22,8	10,5	8,5
Gemeinden	8,4	9,2	10,0	10,6	11,0	11,2	6	5
Lfd. Zuweisungen u. Zuschüsse	201,7	199,9	201,9	204,0	208,0	213,4	1	1,5
Bund	118,2	117,3	117,2	116,5	116,8	118,5	0	0,5
Länder	55,3	53,1	54,2	55,8	58,3	60,6	2	3,5
Gemeinden	28,2	29,5	30,6	31,7	32,9	34,3	4	4
Sachinvestitionen	49,0	47,6	48,4	50,2	51,5	53,5	2	3
Bund	7,0	7,7	7,6	8,3	8,7	9,1	5,5	4,5
Länder	9,1	9,1	9,3	9,4	9,3	9,4	1	0,5
Gemeinden	32,9	30,8	31,5	32,5	33,5	35,0	1	3
Sonst. vermögens- wirksame Ausgaben	64,3	64,3	64,3	64,7	64,6	63,9	-0	-0
Bund	28,2	29,5	29,7	29,0	28,2	27,6	-0,5	-1,5
Länder	30,6	29,3	29,0	30,1	30,7	30,5	-0	1
Gemeinden	5,5	5,5	5,5	5,6	5,7	5,8	1	1
Gesamtausgaben ¹⁾	597,9	613,3	627,4	647,4	668,1	689,2	3	3
Bund	244,7	253,8	257,8	261,5	266,7	273,4	2	2
Länder	217,6	221,2	226,9	235,1	243,1	250,2	3	3
Gemeinden	135,7	138,9	142,8	147,3	152,0	158,0	3	3,5
Finanzierungssaldo	-69,2	-77,0	-66,8	-55,8	-44,5	-33,1	.	.
Bund	-37,7	-41,3	-37,6	-33,3	-28,0	-22,9	.	.
Länder	-24,5	-25,1	-21,9	-17,9	-14,7	-11,2	.	.
Gemeinden	-7,0	-10,5	-7,3	-4,6	-1,8	1,0	.	.
Gesamteinnahmen ¹⁾	528,8+	536,4	560,7	591,6	623,6	656,1	4,5	5
Bund	207,0	212,5	220,2	228,2	238,7	250,5	4	4
Länder	193,0	196,1	205,0	217,2	228,4	239,0	4,5	5
Gemeinden	128,7	128,4	135,5	142,7	150,2	159,0	4,5	5,5

1) Nicht bereinigt um Zahlungsströme zwischen den Haushaltsebenen. Einschließlich Globalansätze.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Finanzministerien der Länder, Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Die Ansätze für die Verbrauchsausgaben der Gebietskörperschaften gehen etwas über den Rahmen der in der Zielprojektion unterstellten Zunahme des Staatsverbrauchs hinaus; der Anstieg der Personalausgaben scheint mit 3 vH im jährlichen Durchschnitt knapp gehalten. Die Zielprojektion gibt keinen unmittelbaren Hinweis auf die unterstellte Einkommensentwicklung von Arbeitnehmern und Selbständigen, wohl aber die Eckdaten für die mittelfristige Steuerschätzung⁵. Verknüpft man die dort unterstellte Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme mit der projizierten Beschäftigungsentwicklung, so errechnet sich für das Pro-Kopf-Einkommen der beschäftigten Arbeit-

nehmer eine Zunahme um 4 vH pro Jahr. Die Konsequenz für den öffentlichen Dienst: Bei unverändertem Beschäftigungsstand bleiben die Einkommensanhebungen jährlich um über 1 vH hinter den Einkommenssteigerungen im privaten Sektor zurück, oder aber die Zahl der im Staatssektor beschäftigten Arbeitnehmer sinkt — sieht man einmal davon ab, daß bei unverändertem Arbeitsvolumen die Zahl der Arbeitnehmer durch vermehrte Teilzeit- oder Ausbildungsplätze noch steigen kann. Tatsächlich markiert das Jahr

⁵ Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Pressemitteilung Nr. 60 vom 15. Juni 1983.

1982 eine Trendwende: Erstmals war die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze rückläufig, obwohl das Angebot an Ausbildungsplätzen noch ausgedehnt worden ist. Für die kommenden Jahre sehen die Finanzplanungen der Bundesländer einen weiteren Stellenabbau von jährlich bis zu 1,5 vH vor.

Die Zinsausgaben werden auch in Zukunft überdurchschnittlich zunehmen — jährlich im Durchschnitt um 9,5 vH bzw. 7,5 vH (Basis 1983) —, wenn gleich sich der Anstieg aufgrund der reduzierten Ansätze für die Nettokreditaufnahmen zum Ende des Planungszeitraums hin merklich abschwächen wird. Eliminiert man die Zinsausgaben aus der Haushaltsrechnung und ordnet sie der Finanzierungsrechnung zu⁶, so reduziert sich der Anstieg der Gesamtausgaben im Durchschnitt auf 2 vH pro Jahr. In dieser Betrachtung wären die Haushalte der Gebietskörperschaften bereits 1984 ausgeglichen, und 1987 würde sich in der „laufenden“ Rechnung (Käufe von Gütern und Diensten plus Transferausgaben minus Steuern, Gebühren und sonstige Vermögenseinkommen) ein Überschuß von 27 Mrd. DM ergeben.

Im Gegensatz zu früheren Planungen soll die Haushaltskonsolidierung nicht einseitig zu Lasten der Investitionsausgaben gehen. Im Durchschnitt des Projektionszeitraums ist in den Finanzplanungen ein jährlicher Anstieg um 2 vH, gegenüber 1983 — dem bisherigen Tiefpunkt — eine Zunahme um 3 vH pro Jahr vorgesehen; in realer Betrachtung bedeutet dies im günstigsten Falle Stagnation. Laut Planung wird sich 1987 das nominale Investitionsvolumen auf 54 Mrd. DM belaufen, es hat damit aber bei weitem noch nicht das Niveau von 1980 (60 Mrd. DM) erreicht.

Die Transferausgaben sollen in den kommenden Jahren kaum ausgeweitet werden. Dies gilt in erster Linie für den Bund, denn die Sparbeschlüsse der letzten Jahre sind nachhaltig wirksam. Hinzu kommt, daß mit steigendem Anteil der Langzeitarbeitslosen die Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe sinken und der Zuschußbedarf an die Bundesanstalt für Arbeit sich verringert. Darüber hinaus geht z.B. beim Kindergeld und in der Kriegsopferversorgung die Zahl der Anspruchsberechtigten weiter zurück. Mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der Transferausgaben ist im kommunalen Sektor zu rechnen, weil infolge der Einschränkungen bei der Arbeitsförderung und in anderen Bereichen Sozialhilfeleistungen weiter verstärkt in Anspruch genommen werden dürften.

Fazit

Die Finanzplanungen der Gebietskörperschaften für den Zeitraum 1983 bis 1987 sehen einen drastischen Abbau der staatlichen Finanzierungsdefizite vor. Zugleich wird ein im Verhältnis zu früheren Ziel-

projektionen recht bescheidenes Wirtschaftswachstum unterstellt. Allerdings bestehen — vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen — Unterschiede nur in der quantitativen Zielbestimmung, die unterstellten Verlaufsmuster und ihre Begründung ähneln vorangegangenen Projektionen: Auch in den Vorstellungen der neuen Bundesregierung werden angebotspolitische Wirkungsmechanismen favorisiert, nachfrageseitige Aspekte treten noch stärker als früher in den Hintergrund.

Die Vernachlässigung von grundlegenden Kreislaufzusammenhängen und die einseitige Fixierung auf den Defizitabbau sind aber hohe Risikofaktoren für Zielprojektionen bzw. Finanzplanung. So ist die Umverteilung zugunsten der Gewinne — in jeder Rezession findet ein solcher Prozeß statt — eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für einen Aufschwung, der von einer nachhaltigen Belebung der Investitionstätigkeit getragen wird. Ein entscheidendes Moment für das Ingangsetzen einer solchen Entwicklung ist auch der Kapazitätsauslastungsgrad; nur nachfrageabhängige Erweiterungsinvestitionen schaffen bzw. sichern auf Dauer Beschäftigung. Selbst die Zielprojektion sieht nur geringe Entfaltungsmöglichkeiten für die Nachfrage. Einzige Stütze ist offenbar die These, daß sich das Angebot seine (Konsum-) Nachfrage schaffe; sie steht aber zumindest in diesem Zusammenhang auf tönernen Füßen. Dies gilt ebenso für die Überlegungen zum Produktivitätsfortschritt. Daher muß befürchtet werden, daß sich die Beschäftigung ungünstiger entwickeln wird als in der Zielprojektion unterstellt.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Rückzug des Staates die wirtschaftliche Belebung nicht hemmt und damit auch die Konsolidierung der Staatsfinanzen möglich ist. Das unterstellte Wachstums- und Beschäftigungsziel wäre wirklichkeitsnäher, wenn die Finanzpolitik einen aktiven Beitrag leisten würde. Werden die Ansätze der Finanzplanung aber realisiert, gehen vom Staat Jahr für Jahr restriktive Primärimpulse in der Größenordnung von 15 Mrd. DM aus; unter Berücksichtigung der multiplikativen Verknüpfungen errechnen sich jährliche durchschnittliche Wachstumsverluste von über einem Prozentpunkt. Eine Konsolidierung, die nur zu Lasten der Beschäftigung erreicht wird, ist fragwürdig. Der Wille zur Konsolidierung kann nicht die Analyse des vielfältigen Wirkungsgeflechts ökonomischer Abläufe und deren empirische Fundierung ersetzen.

Wollen sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger glaubhaft dem Problem der Arbeitslosigkeit stellen, müßte die Finanzpolitik schon bald einen

⁶ Vgl. hierzu Staatsverschuldung und Konsolidierung. Bearb.: O. de la Chevallerie. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 47/1983.

Kurswechsel vollziehen. Auf die gesamtwirtschaftlichen Schäden, die durch die Haushaltsansätze 1983 und 1984 verursacht werden, ist hingewiesen worden⁷. Schrumpfen die Defizite, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, dann werden die Ansätze der Finanzplanung erheblich unterschritten: Schreibt man die Ansätze der Finanzplanung auf der aktuellen Basis formal fort, so errechnet sich für das Endjahr der Projektion (1987) ein Defizit von 20 Mrd. DM; bereits 1984 dürften die Fehlbeträge auf 50 Mrd. DM begrenzt werden können.

Diese Größenordnungen verdeutlichen, daß die Finanzpolitik schon jetzt beschäftigungswirksam eingesetzt werden könnte. Welchen Sinn hat es, wenn die überzogene Konsolidierung Spielraum für die Re-

paratur der Fehlentwicklungen schafft, die sich als Folge einer solchen Sparpolitik erst ergeben? Deshalb sollten schon heute die sich bietenden Möglichkeiten genutzt werden. Sonst besteht die Gefahr, daß die wirtschaftliche Entwicklung schlechter verläuft als angenommen und wie in der Vergangenheit kreditfinanzierte Nachtragshaushalte erforderlich werden — dies jedenfalls dann, wenn Steuerausfälle nicht wieder zu Lasten der sozial schwächer gestellten Gruppen kompensiert werden.

⁷ Vgl. Restriktionspolitik behindert wirtschaftliche Erholung. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1983/84. Bearb.: D. Teichmann und D. Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/1983.

Frankreich: Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch die neue Industriepolitik?

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Probleme Frankreichs stehen immer wieder die außenwirtschaftlichen Defizite, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als wichtigstem Handelspartner. Schon seit längerer Zeit wird in Frankreich versucht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit mit Hilfe industriepolitischer Maßnahmen zu verbessern und so über einen Abbau der Defizite den Spielraum für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik zu vergrößern. Zu einer Neuorientierung der Industriepolitik, bei der den nationalisierten Unternehmen eine besondere Rolle zugedacht ist, kam es nach dem letzten Regierungswechsel 1981. Dieser Bericht untersucht die wichtigsten Charakteristika der neuen Industriepolitik und versucht, eine vorläufige Antwort auf die Frage zu geben, wie groß mittel- und längerfristig die Chancen sind, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Wachstumspolitik nach 1981 ...

Die Betonung der Ziele einer gerechteren Einkommensverteilung und insbesondere der Vollbeschäftigung hat 1981 zum Wahlsieg der sozialistischen Regierung erheblich beigetragen. Die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren daher darauf gerichtet, die Kaufkraft der unteren Einkommensschichten zu stärken und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern. Die Stimulierung des privaten Verbrauchs war jedoch zu einseitig, um in der gegebenen wirtschaftlichen Situation über eine Belebung der Gesamtnachfrage den Anstoß zu einem dauerhaften Aufschwung zu geben. Vielmehr gingen die privaten Investitionen sogar weiter zurück. Hierbei spielte die unbefriedigende Ertragslage eine Rolle, aber auch die Einschätzung des Regierungswechsels durch die Unternehmer.

... außenwirtschaftlich gestoppt

So wurde das Wirtschaftswachstum 1981/82 lediglich vom privaten Verbrauch getragen. Das von der Regierung verkündete Konzept der „Wiedereroberung des heimischen Marktes“ blieb unerfüllt, da Produktion und Investitionen dem Verbrauchsanstieg nicht folgten. Der Anstieg des Inlandsverbrauchs führte zu einer starken Zunahme der Importnachfrage. Die Verschärfung der Rezession bei den wichtigsten Handelspartnern bewirkte gleichzeitig einen kräftigen Rückgang der Ausfuhr, der die Investitionsbereitschaft der privaten Unternehmen weiter beeinträchtigte.

Mehr und mehr wurde deutlich, wie schwierig es für eine Regierung ist, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nicht mit der Politik der wichtigsten Handelspartner übereinstimmt. Die sich rasch einer Größen-

Entwicklung des Sozialprodukts, der Preise und der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich
1972/82¹⁾ und 1983²⁾
Jährliche Veränderungen in vH

	Frankreich		Bundesrepublik Deutschl.3)		Großbritannien		Italien		EG (10)		USA		Japan	
	1972/82	1983	1972/82	1983	1972/82	1983	1972/82	1983	1972/82	1983	1972/82	1983	1972/82	1983
Bruttosozialprodukt														
real 4)	2,7	-0,5	2,2	1	1,1	2,5	2,6	-1,5	1,6	0,5	2,6	3	4,3	3
Preise	10,6	10	4,6	3	15,0	5	17,3	15,5	10,1	7,5	7,6	3,5	6,1	2
Komponenten des realen Bruttosozialprodukts														
Privater Verbrauch	3,6	0	2,4	1	1,3	2,5	2,7	-1	1,9	0,5	3,0	3,5	3,5	3,5
Öffentlicher Verbrauch	3,1	0,5	2,6	-0,5	1,7	2,5	2,4	1,5	4,8	1	2,0	1	4,4	2
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	-4	1,0	3,5	-0,8	1,5	0,9	-7	0,0	-0,5	1,4	4	3,2	1,5
Exporte v.Gütern u.Diensten	6,0	2	5,1	-1	3,4	1,5	6,4	1,5	6,4	1	6,7	-5	11,3	4,5
Importe v.Gütern u.Diensten	6,3	-2	4,9	-0	1,8	4,0	4,7	-1	4,3	0,5	5,2	4	5,2	2
Lebenshaltungskosten	10,9	9	4,8	3	14,7	5	16,4	16	10,8	7,5	8,8	3,5	8,3	2
Lohnstückkosten ⁵⁾	11,9	10	4,7	0,5	14,3	3,5	18,0	15,5	10,1	5	7,7	3	7,8	3,5
Lohnstückkosten in SZR ⁵⁾	9,7	1,5	8,1	1	11,1	-6,5	9,0	10	9,4	0	7,2	6,5	10,8	11,5

1) 1972/82 durchschnittliche jährliche Veränderungen.- 2) Schätzungen gerundet.- 3) Für 1983 Schätzungen der Gemeinschaftsdiagnose (Herbst 1983).- 4) Deflationierungsfaktor.- 5) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. SZR: Sonderziehungsrechte.

Quellen: OECD, Nationalstatistiken sowie Schätzungen und Berechnungen des DIW.

ordnung von fast 100 Mrd. FF (Jahresbasis) näherten den Außenhandelsdefizite zwangen die Regierung schließlich, ihre Expansionspolitik aufzugeben und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen nun auf das Ziel einer raschen außenwirtschaftlichen Gesundung auszurichten. Das Konsolidierungsprogramm vom Frühjahr 1983 hat auch tatsächlich dazu geführt, daß der Absatz von Konsumgütern seit einigen Monaten nicht mehr steigt. Die realen Importe gingen zurück, weil der Franc abgewertet wurde und die protektionistischen Maßnahmen verschärft wurden. Da sich die Ausfuhr wieder belebte, hat sich das Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz kräftig verringert. Gleichzeitig schwächte sich der Preisauftrieb ab.

Die volkswirtschaftlichen Kosten dieses außenwirtschaftlichen Erfolges sind jedoch beträchtlich. So ist für die zweite Hälfte dieses Jahres mit einem leichten Wirtschaftsrückgang zu rechnen, der die bisherigen Erfolge der Arbeitsmarktpolitik in Frage stellen könnte. Die gegenwärtig günstige Entwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern Frankreichs wird es der Regierung zwar erleichtern, die Zügel allmählich wieder zu lockern. Kommt es aber nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition, so werden sich trotz Abwertungen erneute außenwirtschaftliche Schwierigkeiten und dadurch bedingte Wachstumsverluste nicht vermeiden lassen.

Unzureichende Wettbewerbsfähigkeit

Die Schwächen und Stärken der französischen Wirtschaft im Außenhandel lassen sich anhand ver-

schiedener Kriterien nachweisen. So nahmen die realen Exporte der verarbeitenden Industrie von 1963 bis 1974 jahresdurchschnittlich um 11,2 vH zu, das Volumen der Exportmärkte wuchs dagegen um nur 9,4 vH. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kehrte sich diese Entwicklung um: die Exporte stiegen von 1974 bis 1980 mit durchschnittlich 4,9 vH wesentlich langsamer als das Volumen der Exportmärkte mit 6,1 vH. Der Anteil der Importe am Inlandsverbrauch erhöhte sich dagegen für den Bereich der verarbeitenden Industrie von 1970 bis 1980 von rund 30 vH auf rund 45 vH. Mit dieser Entwicklung konnten in verschiedenen Sektoren die Exportquoten nicht Schritt halten. Dies gilt insbesondere für die Elektronik, für dauerhafte Konsumgüter und die meisten anderen Konsumgüter¹.

Im Warenaustausch Frankreichs mit den OECD-Ländern ergab sich 1982 bei industriellen Produkten ein Defizit von 98 Mrd. FF; hiervon entfielen allein 77 Mrd. FF auf den Handel mit den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und mit Japan. Gegenüber den Nicht-OECD-Ländern wurde demgegenüber ein Überschuß von 104 Mrd. FF erzielt. Fast zwei Drittel des Defizits im Warenaustausch mit industriellen Produkten mit den genannten drei Ländern entfallen auf Ausrüstungsgüter, wobei wichtigster Handelspartner für Importe von Ausrüstungsgütern immer noch die Bundesrepublik Deutschland ist. Auch die Deckung der Importe durch die Exporte bei Industrie-

¹ Alle Angaben zu konstanten Preisen. Vgl. OECD, Economic Survey France 1982, S. 32ff.

**Wichtigste Salden in der Außenhandelsbilanz Frankreichs
1973 und 1978-1982**
in Mrd. FF

	1973	1978	1979	1980	1981	1982
Energiesaldo gegenüber Welt	-18	-62	-84	-133	-162	-178
Saldo bei industriellen Produkten						
- gegenüber OECD-Ländern	-14	-24	-30	-53	-60	-98
dar.: USA, BRD u. Japan	-16	-24	-31	-48	-54	-77
- gegenüber Nicht-OECD-Ländern	+21	+62	+66	+71	+93	+104
Quelle:	SEDEIS, Chroniques d'actualité vom 15. Juni 1983.					

produkten hat sich gegenüber diesen drei Ländern von 1978 bis 1982 deutlich, von 73 auf 57 vH, verringert.

Ohne die Defizite im Außenhandel mit seinen drei wichtigsten Handelspartnern hätte Frankreich die Leistungsbilanz trotz der hohen Einfuhrüberschüsse im Energiebereich weitgehend ausgleichen können. Ins Gewicht fallen die Exportüberschüsse im landwirtschaftlichen und Nahrungsmittelbereich gegenüber den Partnerländern in der Europäischen Gemeinschaft, die Exportüberschüsse im Handel mit Gütern der verarbeitenden Industrien gegenüber den Entwicklungs- und Staatshandelsländern sowie die relativ hohen Einnahmenüberschüsse in der Dienstleistungsbilanz.

Zur Beantwortung der Frage, wie die Außenhandelsbilanz bei Industrieprodukten verbessert werden kann, hat das Nationale Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien (INSEE)² eine Untersuchung über starke und schwache Positionen des französischen Außenhandels mit 301 Industrieprodukten vorgelegt. Danach ist weniger der Außenhandel ganzer Branchen überschüssig oder defizitär als vielmehr der von Einzelunternehmen, der Handel mit Einzelprodukten oder Produktgruppen. Von 97 Produkten mit einem Anteil an der Gesamtproduktion von 46 vH und „starken Außenhandelspositionen“ — die Exporte sind im Durchschnitt doppelt so hoch wie die Importe — entfallen 18 auf die Lebensmittelindustrie (z.B. Champagner, Käse), 13 auf den Maschinenbau (z.B. schwere Ausrüstungsgüter und Rüstungsgüter), 11 auf den Textilbereich (z.B. Nähgarne), 10 auf die Elektronik, 9 auf die Chemie (z.B. pharmazeutische Spezialitäten) sowie je 6 auf die Flugzeugindustrie, die Automobilindustrie und die Werften. Manche Produkte weisen einen geringeren Deckungsgrad auf, sind jedoch wegen ihres Gewichts von besonderer Bedeutung für die Handelsbilanz. Eine in diesem Sinne starke Außenhandelsposition gibt es zum Beispiel bei Personenkraftwagen, Reifen und im Flugzeugbau.

Unter den 90 Produkten mit relativ schwacher Außenhandelsposition sind Elektrohaushaltsgeräte, Le-

derwaren und Schuhe, Papier, Holz, Pappe, Druckereierzeugnisse und Textilprodukte von besonderer Bedeutung. Jedoch bestehen sehr schwache Positionen auch bei Produkten der verarbeitenden Industrie, die häufig ausgereifte Technologien erfordern: Ton- und Videobandgeräte, Fotoapparate, optische Instrumente, Büromaschinen und medizinische Apparate.

Im Gegensatz zu den exportstarken Produkten werden diejenigen mit schwacher Außenhandelsposition vorwiegend von kleineren und mittleren, insgesamt 10 000 Betrieben mit 1,2 Millionen Arbeitskräften hergestellt. Von der letzten konservativen Regierung wurde hieraus vor allem der Schluß gezogen, es ginge in der Industriepolitik insbesondere darum, Unternehmen von einer international wettbewerbsfähigen Größenordnung zu schaffen. Gefördert wurden vor allem Produktionen mit bereits günstiger Außenhandelsposition, vernachlässigt hat man dagegen die Verbesserung der Situation bei den exportschwachen Produkten. Inzwischen wurde erkannt, daß die Wettbewerbssituation auch bei den kleineren Unternehmen von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich ist, denen im Ausland zumeist Unternehmen ähnlicher Größenordnung als Konkurrenten gegenüberstehen.

Viele Produkte hatten zudem ihre starke Außenhandelsposition durch — z.T. noch subventionierte — Exporte in Entwicklungs- und Staatshandelsländer erreicht. Der französische Markt wiederum wurde mit den gleichen Produkten fast ausschließlich aus den OECD-Ländern versorgt. Es verwundert daher nicht, daß 1982 diese Produkte im französischen Außenhandel besonders betroffen waren, einmal vom Rückgang der Nachfrage aus den Entwicklungs- und Staatshandelsländern, zum anderen durch die Verschärfung der Konkurrenz aus den Ländern der OECD auf dem Binnenmarkt.

Ausweitung des nationalisierten Wirtschaftssektors . . .

Der Versuch, mit industriepolitischen Eingriffen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern und die Importe zu verringern, hat in Frankreich eine lange Tradition, die bis in die Zeit der Monarchie (Colbert) zurückreicht. Der Phase des industriellen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg folgte in den sechziger Jahren die immer stärkere Öffnung der Wirtschaft nach außen. Daraus ergaben sich Probleme für die französische Planifikation. Die Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit trat unter der Präsidentschaft Pompidous (1969 bis 1974) verstärkt in den Vordergrund. Dabei standen die Schaffung größerer, international aktionsfähiger Konzerne sowie

² Vgl. INSEE, Economie et Statistique, Nr. 157, Juli-August 1983, S. 15ff.

die Stärkung besonders wichtiger Industriezweige, z.B. des Maschinenbaus, im Mittelpunkt. Diese Politik wurde unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings (1974 bis 1981) trotz mancher anderer Akzente (z.B. Verminderung der Ölabhängigkeit Frankreichs) im wesentlichen fortgesetzt: Mit finanzieller Förderung des Staates sollten die großen französischen Unternehmen wettbewerbsfähig in der Reihe der großen multinationalen Konzerne werden.

Die mit dieser Politik einhergehende konzentrierte Förderung einiger weniger Produktionen modernster Technologie (z.B. Kernenergie, Luftfahrt, Telekommunikation) führte zwar zu Erfolgen. Traditionelle Industrien wie die Chemie und der Textilbereich sowie konsumnahe Industrien wurden aber stark vernachlässigt, andere, zukunftssträchtige Industrien, etwa im Bereich der Automatisierung oder Elektronik, nicht gefördert. Den Exporterfolgen bei wenigen Produkten stand daher bei den meisten anderen eine verstärkte Importkonkurrenz gegenüber.

Mit dem Regierungswechsel 1981 wurde der Industriepolitik ein deutlich größerer und zugleich veränderter Stellenwert zugewiesen. Nach dem Versagen der von der letzten Regierung formulierten „Schießschartenpolitik“ (politique de créneaux), der Förderung einer kleinen Palette exportfähiger Güter, sollte nunmehr die „Wiedereroberung des Binnenmarktes“ einsetzen. In der Erkenntnis, daß es nicht bestimmte zum Untergang verurteilte Branchen, sondern nur überholte Technologien gibt, rückte man von der einseitigen Spezialisierung der Industrie auf bestimmte Branchen ab und begann, das Augenmerk verstärkt auf einzelne Unternehmen zu richten. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wurde eine neue Politik, die Politik der „filières“ konzipiert. Die Wirtschaft wird nicht mehr als eine Addition von Unternehmen, sondern als ein integriertes System gesehen, in dem jedes Produkt einen bestimmten Weg von der Produktion über die Verteilung bis hin zum Verbraucher nimmt, die Fähigkeit des Systems, ein Produkt zu vermarkten, also auch eine besondere Rolle spielt. Hatte die bisherige Industriepolitik sich zum Beispiel im Bereich der Elektronik auf die Anwendung beschränkt und dabei die Produktion der notwendigen Komponenten und der Informatik vernachlässigt, so werden beide Aspekte nun im Konzept der „filière“ hinsichtlich möglicher Kredite, möglicher Forschungsprogramme usw. zusammengefaßt.

Da die Regierung Einfluß auf die Produktion und die Investitionen vor allem über die nationalisierten Wirtschaftsbereiche und Banken ausübt, war die Durchführung zusätzlicher Nationalisierungen zur Vergrößerung des nationalisierten Bereichs einer der ersten Ziele der neuen Regierung. Zu den wichtigsten Unternehmen, die schon vor 1982 zum öffentlichen Sektor gehörten, zählen die Elektrizitäts- und Gasver-

Anteil des erweiterten öffentlichen Sektors an den Beschäftigten, Umsätzen und Investitionen in den einzelnen Industriezweigen 1982
in vH

Industriezweig	Beschäftigte	Umsätze	Investitionen
Feste mineralische Brennstoffe	99,5	97,0	99,2
Erdöl und Naturgas	37,8	29,2	35,8
Elektriz., Gas- u. Wasserversorg.	82,3	85,6	97,1
Eisen und Stahl	51,0	61,0	62,6
Nichteisenmetalle	64,3	57,2	32,7
Gas	29,5	33,2	40,6
Grundstoffchemie	52,8	43,3	50,3
Chem. Weiterverarb. u. Pharmazeutik	13,1	13,8	12,7
Maschinenbau	13,0	13,0	12,9
Elektroindustrie u. Elektronik	26,8	29,3	20,9
Erdgebundene Verkehrsmittel	26,8	37,0	38,7
Schiffbau, Luftverkehr, Rüstung	63,6	73,4	81,8
Papier und Verpackung	5,4	7,9	5,4
Kunststoffe, Kautschuk	5,6	6,9	6,0

Quelle: A. Delion, La place des entreprises publiques dans l'économie. In: Revue politique et parlementaire, Februar 1983.

sorgungsgesellschaften EDF und GDF, die Charbonnages, das Entreprise minière et chimique, Renault, die Flugzeug- und Raumfahrtunternehmensgruppen SNIAS und SNECMA, die Erdölgesellschaft ERAP sowie die industriellen Aktivitäten des Atomenergiekommissariats CEA und des Bergbauforschungsbüros BRGM. Zusätzlich nationalisiert wurden 1982 47 Unternehmen, davon 36 Banken, die Finanzholdings der beiden Finanzgruppen Paribas und Suez sowie 9 industrielle Gruppen (die Elektrizitätsgesellschaft CGE, Saint-Gobain, Pêchiney Ugine Kuhlmann, Thomson, Rhône-Poulenc, die Konzerne Matra — Rüstung, EDV, Automobilzubehör — und Dassault, die Handels- und Finanzierungsgesellschaft CGCT sowie die bereits vorher vom Staat kontrollierten Stahlwerke Usinor und Sacilor). Außerdem gibt es weitere Einflußbereiche des Staates, etwa öffentliche Unternehmen im Bereich der lokalen Gebietskörperschaften sowie zahlreiche Minderheitsbeteiligungen.

Die Schätzungen über den Anteil des erweiterten öffentlichen Sektors an der Gesamtwirtschaft schwanken daher. Nach Berechnungen des INSEE³ beträgt er beim Umsatz 21 vH, bei den Beschäftigten 23 vH, bei der Wertschöpfung 28 vH, bei den Investitionen 49 vH und beim Anlagevermögen 53 vH. Der Anteil des im Export realisierten Umsatzes macht nun 19,5 vH aus gegenüber nur 1 vH im früher bereits nationalisierten Sektor. Die neu nationalisierten Unternehmen haben damit in den öffentlichen Sektor eine

³ INSEE, Economie et Statistique, Nr. 150, Dezember 1982, S. 5.

deutliche Orientierung auf den Auslandsabsatz gebracht.

Nach der Neuordnung beherrschen die öffentlichen Unternehmen vier Sektoren, die strategisch von besonderer Bedeutung für die moderne Industriegesellschaft sind:

- das öffentliche Verkehrs- und Kommunikationswesen;
- die Energiewirtschaft und Energieressourcen;
- den Banken- und Kreditsektor;
- die wichtigsten Wachstumssektoren mit hohem Technologieaufwand: u.a. Raum- und Luftfahrt, Atomwirtschaft, Elektronik, Informatik, alternative Energien und Rohstoffe, Biochemie.

Allerdings gehören zum nationalisierten Sektor auch traditionelle Industrien wie die Stahlindustrie, die Automobilindustrie, die Textilindustrie und der Kohlenbergbau. Auch viele dieser traditionellen Industrien sind einer Modernisierung und Automatisierung zugänglich, wenngleich sie, wie etwa im Bereich von Kohle und Stahl, schwierige Anpassungs- und Beschäftigungsprobleme zu bewältigen haben.

... als „Speerspitze“ einer neuen Industriepolitik ...

Nach fast zwei Jahren der Erarbeitung einer neuen Konzeption, nach Bereinigung zahlreicher Kompetenzkonflikte und einem mehrfachen Wechsel des Ministers im zuständigen Industrieministerium sind in den letzten Monaten die Grundlinien der beabsichtigten neuen Industriepolitik, in der die nationalisierten Industrien die Rolle einer „Speerspitze“ zur Erreichung der vorgegebenen Ziele spielen sollen, zunehmend klarer geworden. Dabei werden vier Prioritäten herausgestellt:

- Wiederherstellung der Rentabilität der Basisindustrien. Die Umstrukturierung im Bereich der staatlichen Chemieunternehmen ist bereits beendet. Die Stahlindustrie soll in den nächsten Jahren in Abstimmung mit der Europäischen Gemeinschaft saniert werden.
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der weiterverarbeitenden Industrie durch Modernisierung der Produktionsanlagen und verstärkten Einsatz von Robotern. Ansätze gibt es vor allem im Textil- und Werkzeugmaschinenbereich.
- Beschleunigte Entwicklung der Nahrungsmittel- und der Kernenergieindustrie, beide häufig als „Trümpfe der französischen Industrie“ bezeichnet. Zusätzlicher Strom aus Kernenergie soll dabei einmal die nationale Energieabhängigkeit vermindern, zum anderen auch verstärkt exportiert werden, z.B. in die Bundesrepublik Deutschland. Überkapazitäten sollen durch Stilllegung der Stromerzeugung aus Öl vermieden werden.

- Förderung zukunftssträchtiger Branchen, unter denen die Elektronikindustrie an vorderster Stelle steht, zu denen aber auch Biotechnologien, Kommunikationsindustrien und alternative Energien gehören.

Diese industriepolitischen Strategien sollen allerdings nicht nur über die Investitionen, sondern über eine sogenannte „synergetische Entwicklung“ verwirklicht werden. Hierzu gehören die Abstimmung der industriellen Erfordernisse mit Forschung und Unterrichtswesen, Handel und Banken. Die Nationalisierung der Banken soll insbesondere dazu genutzt werden, das traditionelle Desinteresse der französischen Banken bei der Finanzierung industrieller Investitionen zu durchbrechen. Die interne Bankenreform ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Schließlich ist eine Abstimmung der neuen Industriepolitik mit der Planifikation als Referenzrahmen für die gesamte Wirtschaftspolitik erforderlich.

Im Prinzip gibt der 9. Plan (1984-88) der industriellen Entwicklung Vorrang. Die Regierung hat erklärt, bei Konflikten zwischen der Erhaltung von Arbeitsplätzen und industriepolitischer Umstrukturierung längerfristig unrentable Unternehmen nur noch degressiv subventionieren zu wollen und der Einrichtung neuer Arbeitsplätze Vorrang zu gewähren. Eines der Probleme, die Schaffung sogenannter „Planverträge“ (Contrats de plan), die die Beziehungen zwischen Regierung und nationalisierten Industrien regeln sollen, scheint inzwischen gelöst. Die Planverträge beschreiben einerseits die Grundlinien der Investitions-, Produktions-, Arbeitsplatz-, Ausbildungs- und Forschungspolitik des jeweiligen nationalisierten Unternehmens, andererseits bestimmte finanzielle Verpflichtungen der Regierung. Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Autonomie in der Unternehmensführung soll die Konsistenz mit der Industriepolitik gewährleistet sein.

Der soeben vorgelegte französische Industrie- und Forschungshaushalt weist für 1984 mit etwa 12 vH eine der höchsten Steigerungen unter allen Einzeljets auf; Ziel der Regierung ist es u.a., bis 1985 jährlich etwa 2,5 vH des Bruttoinlandsprodukts für die Zivilforschung aufzuwenden. Den neu nationalisierten Unternehmen sollen 1984 außerdem 14 Mrd. FF zufließen. Die Aufteilung dieser Summe auf die einzelnen Unternehmen ist noch nicht genau bekannt. Es ist allerdings zu befürchten, daß ein Teil dieser Mittel zur Abdeckung der zu erwartenden hohen Verluste der beiden Stahlgruppen Usinor und Sacilor eingesetzt wird.

... ausreichend?

Die Industriepolitik in Frankreich befindet sich in einer Übergangsphase. Wegen der zusätzlichen Nationalisierungen ist das nationale und internationale

Gewicht des öffentlichen Sektors deutlich gestiegen. Die wichtigsten Kompetenzen sind inzwischen geklärt, die längerfristigen Ziele formuliert. Indes sind die Zweifel, ob die Regierung ihre neue Industriepolitik erfolgreich durchführen wird, noch nicht ausgeräumt.

Selbst grundlegende Fragen sind zwischen den Regierungsparteien, insbesondere den Kommunisten sowie dem Minderheitsflügel der Sozialisten einerseits und dem Mehrheitsflügel der Sozialisten andererseits, noch nicht ausdiskutiert. Während die einen grundsätzlich die Erhaltung der Arbeitsplätze in jedem Unternehmen in den Vordergrund stellen und die sozialen Kosten von Umstrukturierungen höher bewerten als den Effizienzgewinn und in den Nationalisierungen vor allem ein Mittel zum Bruch mit dem System des Kapitalismus sehen, betrachten die anderen die Verstaatlichung vor allem als ein Mittel, die Industriepolitik im Rahmen einer grundsätzlich zu bejahenden Marktwirtschaft, die sich dem ausländischen Wettbewerb zu stellen hat, zu instrumentalisieren. Die Unternehmensleiter im öffentlichen Sektor, die überwiegend aus dem Kreis der Gewerkschaften und der Regierungsparteien berufen wurden, werden es nicht leicht haben, von der Basis geforderte und auf Dauer kostspielige Erhaltungsstrategien für ihre Unternehmen abzuwehren. Sie werden gleichzeitig die mittelfristig angestrebte „Demokratisierung der Unternehmen“, die nun auch in Frankreich den Arbeitnehmern erhebliche Mitspracherechte bringen soll, bewältigen müssen.

Weitere Gefahren drohen dem industriepolitischen Erfolg von der Aufblähung der Bürokratie und dem Risiko, neue Technologien am Markt vorbei zu entwickeln. So werden überall dort, wo sich Schwierigkeiten bei der Durchführung der Politik ergeben, neue Kommissionen, Beiräte oder spezielle Fonds geschaffen, die die Entscheidungsfindung stark erschweren. Die — bequeme — Art der Finanzierung von Forschung und Investitionen in den nationalisierten Industrien könnte dazu führen, daß sich ein Teil dieser Unternehmen stärker an vordergründig eigenen Interessen als an den Marktgegebenheiten orientiert. Schon jetzt hat es Fälle gegeben, daß nationalisierte Unternehmen, um die eigene Gewinn- und Außenhandelsbilanz zu verbessern, kleinere gewinnträchtige und exportorientierte Unternehmen aufgekauft haben. Dies gerade sollte nach dem erklärten Willen des Industrieministeriums nicht geschehen. Vielmehr sollte den kleinen und mittleren Unternehmen, die in den letzten beiden Jahren eine relativ große Stabilität aufwiesen und in besonderem Maße zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen haben, ihre Unabhängigkeit weitgehend belassen werden. Wenn die nationalisierten Unternehmen sich im internationalen Wettbewerb besser als bisher behaupten wollen, werden sie sich

Investitionsquote¹⁾ in Sektoren, die 1981 sowohl private als auch nationalisierte Unternehmen aufwiesen
in vH

	Öffentlicher Bereich	Privater Bereich
Luftverkehr	26,2	18,4
Flugzeugbau	11,1	5,8
Diverse Mineralien	18,2	17,7
Rohölverarbeitung	4,9	5,5
Autos, Motorräder, Fahrräder	12,3	13,1
Schiffsverkehr	10,6	31,5
Metalle, Nichteisenhalbfertigwaren	193,0	15,1
Anorganische Chemie	11,6	14,4

1) Investitionen bezogen auf die Bruttowertschöpfung.

Quelle: INSEE, Economie et Statistique, Heft Nr. 150 vom Dezember 1982.

auf Dauer den üblichen Rentabilitätserwägungen nicht entziehen können.

Den Zweifeln an dem Sinn der neuen Nationalisierungswelle steht allerdings auch die Frage nach der möglichen Alternative — vor allem einer verstärkten Förderung der privaten Investitionen — gegenüber. Die schon seit den siebziger Jahren immer wieder beobachtete Tendenz, daß die Investitionslethargie im Bereich der privaten Unternehmen weder durch eine verstärkte Expansion des privaten Verbrauchs noch durch eine Verbesserung der Gewinnlage spürbar verbessert werden kann, macht diese Alternative indes nur wenig erfolgversprechend. Auch der immer wieder gehörte Vorwurf, die französischen Unternehmen beschränkten sich in der Diversifizierung ihrer Produktion auf einige sichere Märkte statt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt zu werden, dürfte zumindest teilweise richtig sein. Zur Ineffizienz des industriellen Sektors hat sicherlich auch das traditionell geringe gesellschaftliche Prestige der Arbeit in der Industrie beigetragen. Die Regierung hofft, mit ihrer neuen Industriepolitik die industriellen Tätigkeiten aufzuwerten. Die Qualität der Unternehmensführung wird mit darüber entscheiden, ob es zu einer Unternehmensentwicklung „à la japonaise“ oder zu einem Untergang der Staatsunternehmen „à l'anglaise“ kommt.

Mit Hilfe des nationalisierten Sektors hat die Regierung die Chance, die notwendigen Umstrukturierungen und Investitionen leichter durchzusetzen. Sie kann ferner Einfluß darauf nehmen, in welcher Weise die Gewinne der Unternehmen eingesetzt werden, sei es zur Senkung der Preise — dies auch im Hinblick auf die internationale Wettbewerbssituation —, zugunsten der Arbeitnehmer oder der notwendigen Investitionen. Das wirtschaftspolitische Verhalten der Regierung in den letzten zwei Jahren deutet darauf hin,

daß sie bereit ist, angestrebte sozialpolitische Reformen bescheidener zu gestalten oder sogar zu verschieben, um ihre industrie- und wettbewerbspolitischen Ziele realisieren zu können. Ob sie diese Ziele erreichen und damit den Spielraum für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik wieder vergrößern wird, kann sich — bei dem notwendigen Zeitaufwand für Investitionen, Forschung und Ausbildung der Arbeitnehmer — erst in einigen Jahren endgültig zeigen.

Für die Gestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland wird es von erheblicher Bedeutung sein, ob der neuen französischen Industriepolitik mittel- und längerfristig Erfolg beschieden ist. Anderenfalls dürfte Frankreich weiterhin oder gar verstärkt zu protektionistischen Maßnahmen greifen. Freilich bestehen längerfristig durchaus Chancen, daß Frankreich seine Außenwirtschaftsschwierigkeiten überwindet. Schon in den letzten Jahren hat die französische Industrie in bestimmten Bereichen zumindest auf europäischer Ebene technologische Spitzenleistungen erzielt. Die kräftige Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung wird ebenfalls Früchte tragen. Zu Recht hat die französische Regierung immer wieder auf die Notwendigkeit einer ver-

stärkten industriellen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft hingewiesen⁴. Bisher gibt es mehr Kooperationen mit Industrieunternehmen in Übersee als innerhalb Europas. Die erfolgreiche europäische Zusammenarbeit auf einigen Gebieten (Airbus, Ariane, Kernforschung) soll zunächst durch weitere Kooperationen z.B. im Bereich der Elektronik, des Kommunikationswesens, der Biotechnologie und der Nutzung der Meere ergänzt werden. Insbesondere ist man an einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Forschung und der Industrie interessiert. Eine Zusammenarbeit zur Verringerung außenwirtschaftlicher Unstimmigkeiten wurde bereits für das Normenwesen sowie für die Materialprüfung eingeleitet. Die grundlegende Entscheidung zwischen stärkerer nationaler Abschirmung einerseits, der Öffnung der Märkte nach außen und einer verstärkten internationalen Kooperation andererseits ist mit der neuen Industriepolitik für die nächsten Jahre zugunsten des internationalen Wettbewerbs gefallen.

⁴ Vgl. insbesondere das Memorandum der französischen Regierung an den Rat der Europäischen Gemeinschaften vom 12. September 1983: Ein gemeinsamer Industrie- und Forschungsraum für Europa. In: Frankreich-Info, Nr. 46/1983.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 3/1982. 115 S. DM 54,-

Ein monetäres Teilmodell – Ein Beitrag zur Weiterentwicklung des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Reinhard Pohl* und *Rudolf Zwiener*.

Structure and Performance of the Annual Macroeconometric Model for the FRG. By *Reinhard Hujer*, *Gerhard Bauer*, *Helmut Knepel*.

Einige Überlegungen zur Berücksichtigung struktureller Unterschiede bei interregionalen Vergleichen. Von *Walter Schöning*.

Eine Investitionsmatrix für die Bundesrepublik Deutschland 1976. Von *Egon Baumgart*.

Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des dualen Systems. Von *Wolfgang Jeschek*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 4/1982. 121 S. DM 62,-

DIW-Symposion: Neue ökonomische Theorien – Wegweisung für die Wirtschaftspolitik?

I. Funktionsweise und Steuerung der Arbeitsmärkte – Vorurteile und Theorien.

Arbeitslosigkeit als Gegenstand mikroökonomischer Theorien zur Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Von *Christof Helberger*.

Einige Marginalien zu Arbeitsmarkttheorie und -realität. Von *Dieter Mertens*.

II. Politische Akzeptanz, Effizienz und Verteilung in der Steuertheorie – Überlegungen zur optimalen Steuerstruktur. Zur politischen und ökonomischen Akzeptanz der Einkommensteuer. Von *Dieter Bös*.

Zum Verhältnis und zur Tarifstruktur von direkten und indirekten Steuern. Von *Wolfgang Wiegard*.

III. Wirtschaft im Ungleichgewicht – Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten.

Theoretische und politische Aspekte makroökonomischer Ungleichgewichtskonzeptionen. Von *Hans Jürgen Ramser*.

Theoretische und politische Aspekte von Ungleichgewichtskonzepten. Von *Harald Gerfin*.

IV. Einführung in die Generaldiskussion. Von *Hans-Jürgen Krupp*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

II. Beschäftigung und Arbeitnehmerinkommen 1981.

Heft 1/1983. 130 S. DM 52,-

Die Arbeitnehmerinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.

Das Spendenaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Kurt Hornschild*.

Kritische Anmerkungen zu einer Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank. Von *Ulrich Heilemann*.

Der Einfluß verkürzter Abschreibungsperioden auf Gewinne und Renditen. Von *Bernd Görzig*.

Aspekte der Planung von Forschung und Entwicklung in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.

Zwischenbilanz der Neuorientierungen in der Wirtschaft der Volksrepublik China. Von *Ernst Hagemann*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/3 / 1983. 130 S. DM 62,-

Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. Von *Jochen A. Hübener*.

Faktorsubstitution in den Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik. Von *Gerd Hansen*.

Ausländer in Berlin. Von *Ingo Pfeiffer*.

Weltwirtschaftliches Wachstum, Nord-Süd-Konflikt und beschäftigungspolitische Optionen der Industrieländer. Von *Fritz Franzmeyer*.

Struktur und Entwicklung der internationalen Seetouristik. Von *Rüdiger von Torklus*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 880 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Basisannahmen der Finanzpolitik nicht konsistent. Bearbeitet von Dieter Vesper.-

Frankreich: Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch die neue Industriepolitik?. Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.

Zuzüglich Versandkosten.